

Halle

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.60 Reichsmark, durch Hausbestellung ohne Postgebühren 1.40 Reichsmark. Durch die Post 1.85 Reichsmark. 40 Reichspfennig Zustellgebühr. Einmalige Anzeigen: Annahme: Jede Uhr nachmittags. Die Anzeigen werden nach Rubriken-Jahren berechnet. Zu jeder 0.20 Reichsmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Wertlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Druckerei: Druckhaus Reinhold Etzinger, Halle. Postfach-Nr. 22015. Erfüllungsort: Halle.

Es lebe das einige, unteilbare deutsche Vaterland!

Neues in Kürze.

Durchsiedlungen und Radiotelegramme.

Im Thüringischen Landtag stimmten für Verabreichung der Abgeordnetenwahl die Rechtsparlieren, die Völkischen und die Demokraten mit 39 Stimmen, während die Sozialdemokraten und Kommunisten mit 24 dagegen stimmten. Da somit die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist, gilt der Antrag als abgelehnt. Weiter wurden die beiden Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Auflösung des Landtages mit 36 Stimmen der Rechtsparlieren gegen 20 der Linken abgelehnt.

Bei der Neuwahl des Hamburgischen Senates durch die Bürgerchaft kam es zu wüsten Tumulten. Die Kommunisten brachten eine Interpellation über die Verweigerung von Urlaub an die politischen Gefangenen ein, die deswegen in den Hungerstreik eintraten. Als die Bürgerchaft eine Bepredung nicht zuließ, wurden von der oberen Tribüne Zettel in den Saal geworfen, worauf der Präsident diese Tribüne räumen ließ. Die Sitzung wurde mehrfach unterbrochen und eine Reihe von kommunistischen Abgeordneten von der Sitzung ausgeschlossen. Schließlich teilte der Präsident mit, daß er sämtliche kommunistischen Abgeordneten auf vier Wochen ausschließt. Gemacht wurden in den Senat vier Mitglieder der Deutschen Volkspartei, vier Demokraten und sieben Sozialdemokraten. Der Senat hat Senator Dr. Peterlein (Demokrat) zum ersten und den Senator Dr. Schramm (Volkspartei) zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Die Stadt Duisburg eröffnete gestern als erste Stadt des Rheinlandes die Jahrestausendfeier mit einer Ausstellung niederbayerischer Kunst. Nach einer Ansprache des Museumsleiters, der auf die Bedeutung der rheinischen Kunst und der Bedeutung am Rhein hinwies, hielt Oberbürgermeister Dr. Jarres eine längere Rede. In der Ausstellung wird die niederbayerische Malerei und Plastik bis zum 19. Jahrhundert gezeigt.

Das deutsche Wasserloch „Ebnymbe“, das am 24. Februar entdeckt wurde, ist bisher an keinem Verformungsstadium angetreten. Man befürchtet, daß das Schloß untergehen ist. An Bord befinden sich sieben Personen.

Im Hofesprozeß wurde Mittwoch die Zeugenernehmung fortgesetzt, die wesentliche Momente aus der Tätigkeit der Hofes nicht ergab.

Am Donnerstag wird im preussischen Landtag der von den Kommunisten gestellte Antrag zu dem künftigen Zwischenfall im „Wolfspark“ verhandelt.

Der Ständerat der Schweiz genehmigte einen Bundesbeitrag von 3 350 000 Franken für den Ausbau der Furubahn und übernahm die Bundesgarantie für die Hälfte eines eventuellen Betriebsdefizits während zehn Jahren.

Einem Vortrag des Direktionspräsidenten der ungarischen Staatsbahnen ist zu entnehmen, daß der Abbau des Personals seit 1918 41 Prozent betrug. Beamte erhalten durchschnittlich 51 Prozent, die Unterbeamten und Arbeiter 89 Prozent ihres Friedensgehalts.

Auf eine Anfrage, ob Chamberlain Mitteilungen über das jüngst erfolgte deutsche Angebot betreffend einen westeuropäischen Sicherheitsakt machen könnte, erwiderte der Graf, das deutsche Angebot liege noch nicht in einer Form vor, in der es dem Hause übermittelt werden könne. Er beachtliche, die Angelegenheit in allgemeiner Form in der nächsten Woche zur Erörterung zu bringen.

Wie zuverlässig verkauft, wird Lord Curzon's Zustand als hoffnungsvoll betrachtet.

Durch einen gewaltigen Wirbelsturm wurden in New York 14 Töten in Indiana, Illinois und Michigan (9. amerikanisch) 890 Menschen getötet und 2000 verletzt. In vielen Orten brach Feuer aus, wodurch der Schaden sich noch erheblich vergrößerte.

Die Kandidatenrede von Dr. Jarres.

Berlin, 18. März.

Es tagen heute frühzeitig zwei Reichsparliamente. Das eine in dem großen Saal der Philharmonie in der Bernburger Straße, wo Dr. Jarres sich zum erstenmal einer taubentblinden Versammlung von Delegierten aus allen Teilen Deutschlands als Redner um das Reichspräsidentenposten stellte. Man ist erfreut, als die Aufmerksamkeit des Reichspräsidenten auf den Kandidaten Jarres empfangt, man wird etwas ungeduldig, als dieselbe Aufmerksamkeit immer noch eine Weile nach der anderen schmettert und Staatsrechtler a. D. von Kochel eine Einbürgerungsrede hält, denn man will vor allem Jarres selber hören. Taufend Augen ruhen auf ihm. Jarres hat einen mächtigen, markanten Kopf, etwa von dem Top, wie ihn amerikanische Präsidentschaftskandidaten haben; der Wille ist das Beherrschende in diesen Zügen, und neben dem Willen die Klugheit. Jarres spricht aberberedlich und geschäftig, so daß kaum ein Gegner einhalten könnte, und doch so einfach und national, so durch und durch schwarzweiss, daß die Versammlung in heller Freude immer stärker Beifall spendet.

Oberbürgermeister Dr. Jarres

führt u. a. aus: Sie werden es mir nachempfinden, daß ich das persönliche Bedürfnis habe, und es an dieser Stelle auch für eine Ehrentitel habe, der hohen Achtung Ausdruck zu geben, welche ich hinsichtlich der Persönlichkeit anderer grundsätzlichen politischen Einstellung dem Ansehen des verstorbenen Präsidenten Ebert auf Grund unserer Zusammenarbeit in den Reichsparliamenten haben werde. Nur der Gedanke, daß nach Jhrer Ansicht durch meine Kandidatur das hohe Ziel der Zusammenfassung aller den Staat beherrschenden nationalen Kräfte gefördert wird, hat mich bewegen können, Jhrem ehrenvollen Ruf zu folgen.

Ich gestehe offen, daß ich die Kandidatur einer einzelnen Partei, wenn sie an mich herangetreten wäre, hätte ablehnen müssen. Denn ich bin der Auffassung, daß der Präsident des Reiches nicht der Vertreter einer bestimmten politischen Partei sein darf.

Der Wille zu setzen mich uns in dem bevorstehenden Kampfe, den wir nicht für eine Person, sondern für unsere staatspolitischen Ideale zu führen haben, einmütig befehlen. Ich glaube auf die Einverständnis rechnen zu dürfen, wenn ich dem Beginn unserer Arbeit die Forderung anstelle: Der Kampf um die Wahl des deutschen Reichspräsidenten muß ritterlich geführt werden. Alles, was ich tun und habe, verdanke ich meiner rheinischen Heimat. Es war immer mein Streben, von den Belangen meiner rheinischen Stammesart einen beherrschenden Teil mit zu erhalten und zu erhalten. Die Interessen der Rheinlande nicht. Wie tausend andere habe ich die Ehe gehabt, für meine Pflichten erfüllt als Beamter und Bürger zu haben. Auch nach wiederholter Ausweisung habe ich mich nach Kräften an dem großen Abwehrtum meiner Landesangelegenheiten beteiligt. Wir haben schließlich den passiven Widerstand aufgeben müssen wegen der Erschöpfung unserer materiellen Hilfsmittel. Niemals werden wir den Widerstand gegen irgendwelche Vorkommnisse beibehalten unserer Gegner einstellen.

Der Rhein muß deutsch bleiben!

Wenn in diesen Tagen wiederum trotz oftmals erfolgter Aufklärung und Nichtigstellung mit dem Schlagwort der „Berandungspolitik“ gegen mich gearbeitet wird, an das ich die obersteinsten Vorkommnisse knüpfen, so sage ich Ihnen, daß dieser Vorwurf eine frivole persönliche Verleumdung und eine geradezu lächerliche Verdrehung der geschichtlichen Vorgänge und Taten darstellt. Der Gedanke einer Preisgabe hat zu keinem Zeitpunkt auch nur in entferntestem Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen. Ich ist das für mich, daß ich nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges meine Lebensaufgabe gerade darin erblicke, die unantastbare Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland innerhalb des Reichs und Staatsgebietes zu erhalten und zu sichern. Die „Berandungspolitik“ lassen im andern Lager! Ich hoffe, nicht genötigt zu werden, die Beweise dafür der Öffentlichkeit unterbreiten zu müssen.

Seit 1919 habe ich die gefährlichen Verleumdungen, welche auf eine Verringerung oder gar Wegfall des allen Ausschließlichen Bundes zu Reich und Ländern gerichteten Werts des Reichs und glücklicherweise nicht ohne Erfolg beständig.

Wenn mir aber etwa, wie es gelegentlich geschieht, mit dem Vorwurf der „Berandungspolitik“ die Schuld an der Einstellung der Unterführungen an Rhein und Ruhr nach der Aufgabe des passiven Widerstands zugeschoben werden soll, so muß ich dem entgegen, daß ich in Wirklichkeit unmittelbar

dar nach meinem Eintritt in die Regierung nekkingnislose Entschlüsse des Kabinetts rückgängig gemacht und mich für die Weiterzahlungen der Unterführungen unter der letzten Anspannung der Reichsinanzen eingekauft habe. Im Kampfe um die Freiheit und das Recht des Rheinlandes kann es keiner erster und letzter gemacht haben als ich. Ich halte fest an dem, was ich als Reichsminister des Innern verantwortlich gelagt habe.

daß die Verfassung auf der Bahn organischer Entwicklung weitergebildet werden muß. Wir sind keineswegs der Auffassung, daß eine „Restaurierung“ der Zustände, wie sie vor 1919 waren, möglich oder auch nur wünschenswert wäre. Auch wir, die wir das Bild des alten Deutschlands in einem treuen und anhänglichen Gedächtnis bewahren, sind keineswegs blind gegen Fehler und Mängel der alten Zeit. Was sich in den Säulen des Krieges und der Revolution als moralisch erwiesen hat, kann nicht wiederkehren. Auf der andern Seite wird mir der Meinung, daß dieser alte Staat auf unendlich vielen Gebieten das

Vorbild eines sozialen Volksstaates

gegeben ist. Mein von mir höherer Richter Mitbewerber, der badische Staatspräsident Hellpach, hat in dem Epilog seiner Schrift über die Lebensgestaltung der ersten Schule von diesem alten Deutschland gelagt:

„Es gab keinen Staat, der so stark, so lauter, so unerschütterlich, so alt, so einträchtig war.“ Es ist mir lieblich, als ob das neue Deutschland sich daran tun würde, diese hier von einem beglückten Vorkämpfer der republikanischen Staatsform so hoch gepriesene Tugend des alten Deutschlands wieder zu Ehren bringen zu lassen. Wir lehnen die Auffassung ab, als ob es bei dieser Wahl des Reichspräsidenten um eine Entscheidung über die Streitfrage „Monarchie oder Republik“ ginge. Schließlich ist nicht die Form des Staates entscheidend, sondern sein Inhalt.

Wir bringen der verfassungsmäßigen Fiktion die schuldige Achtung entgegen, aber wir fordern auch für uns das Recht, die alten Forderungen zu erneuern, in denen sich uns die Merkmale einer wirksamen und zureichenden Regierung verkörpern, ungehindert zu ehren und hochzuhalten.

Wir müssen zurück zu der Reinheit des öffentlichen Lebens in der Vergangenheit. Es bedarf der innigen Zusammenarbeit aller Glaubensbekenntnisse. Jeder Gedanke an einen wie immer gearteten Kulturschritt würde eine schwere Hindernis auf dem deutschen Volke bedeuten. Trotz aller Not und des Angklis bleiben uns die Grundgesetze der deutschen Reichsverfassung erhalten. Sie zu erhalten, zu sichern und auszubauen, ist höchstes Gebot. Es lebe das einige, unteilbare deutsche Vaterland!

Am das Sperrgesetz.

Berlin, 18. März.

Die zahlreichen Abgeordneten namentlich der Rechten, die an der Verberammlung teilnehmen, werden heute ihre Reichstagsdebatten, denn drüben am Königsplatz hat inzwischen eine namentliche Abstimmung stattgefunden. Man hat über das sogenannte Sperrgesetz abgestimmt, das die Kommunen zwingt, ihren Beamten keine höheren Gehälter zu zahlen, als es für die des Reiches in gleicher Stufe gilt. Namentlich aber wurde deshalb abgestimmt, um „Ausnahmen“, daß die Beamtenämter, welche vor einmal „umgefallen“ seien, das ist schon zum Sport der Dinten geworden, zum kindlichen Spiel beinahe.

Was ist an der ganzen Geschichte wahr? Wahr ist, daß das Sperrgesetz von dem Kabinett Marx erlassen worden ist, dem die Deutschnationalen nicht angehört, und daß diese es abschaffen möchten. Fraglich ist nur das Wann. Nun sagt der Finanzminister die Abschaffung spätestens zum 1. April 1926 zu, und dementsprechend wird beschließen, erweist es sich aber, daß die Gemeinden schon vorher die nötigen Ausgleichsmittel besitzen, soll die Sperr schon vorher fallen. Das ist alles. Von den Deutschnationalen bis einschließlich zum Zentrum stimmt die ganze Regierungsmehrheit in diesem Sinne, nur der Abgeordnete Caspary und einige andere Deutschnationalen enthalten sich der Stimme, weil ihnen das zu langsam geht.

Es wird darauf nicht die Wiedereinführung der viergliedrigen Vorauszahlung der Gehälter an die Beamten grundsätzlich beschließen, und alsdann erneut die Debatte über den Justizetat aufgenommen.

„Erst klau ich, denn bewähre ich mir.“

Von Reg.-Rat a. D. Walter Fischer-Berlin.

Neue Aufgaben des Justizministers.
Ein Berliner Abendblatt schrieb unlängst: „Wenn sich ein in ganz Deutschland bekannter Kriminalist, wie der Kommissar X, und ein in ganz Deutschland bekannter Journalist, wie Y, zusammenkamen, um ein Buch über die Verbrechermethode Berlin zu schreiben, so gibt es einen Klang, der nicht von Kappe ist, sondern wie eine Alarmglocke im Herzen der Leser klingelt.“

Die jenationalle Form der Antikündigung wirkt ein Schlaglicht auf die Einstellung unserer Zeit zur Verbrechensbekämpfung: Nicht ein Alarm zur Ausrottung der Verbrecher, sondern ein Alarm der Neugierde, des wollüstigen Greifens und des fleischlichen Kaufmenscheitens wird erwartet. Statt dessen sollte ein anderer Versuch aus den überhandnehmenden täglichen Berichten über immer neue Straftaten auch bis zu den bei Neubildung des Preussenkabinetts zu bestellenden Justizministern dringen: „Fort mit diesem Schwund des zunehmenden Berufsverbrechertums! Nach Beendigung des Revolutionsjahres fällt dem Preuss. Justizminister die funkbamentale Aufgabe zu, Kräfte und zugleich Deutschland durch Wiedereinführung der Staatsautorität und durch Wiederherstellung der Selbsttätigkeit in allen Schichten der Bevölkerung zu ertüchtigen.“

Die Ausdehnung der derzeitigen Gnadenpreis über den Kreis der Dreimonatsstrafen und über den Kreis leichtfertiger und unbeherrschter einmaliger Täter hinaus ist dem hindernd entgegen. 125 000 Begnadigungen sind jährlich in Preußen erfolgt. Begnadigungsspezialisten bieten öffentlich ihre Dienste an und die Folgen? Ein Unanzähliger gelangt, er hat schon vor der Tat zu seinem Helfer gelangt, „ne lassen mir schon loosen, da nicht nicht alle bis zu rüstieren“, ein anderer äußert: „Erst klau ich, dann bewähre ich mir.“

Das Zustandnis der Bewährungsfrist bedeutet nichts anderes, als daß für die erste nachgewiesene Straftat die gänzliche Straffreiheit staatlich garantiert ist. Und wenn man weiß, daß von 1919 bis 1923 nur etwa jeder 70. Dieb gefast wurde, so weiß man auch, daß es ein großer Zufall ist, wenn ein „Bewährungsmann“ gerade die Unglücksnnummer 70 zum zweiten Male zieht. Und dennoch läßt sich der Rückfall tausender von Gnadengefangenen beweisen. Da ist z. B. der Gütergemeinschaftlicher Schüler: „Mit trücker Tat ertrappt, lieferte Es den Ueberfallaus, macho er gerade hat, sich fest seiner letzten Straftat zu bewähren; ihm damals hatten dem Beamten, der ihn verhaften wollte, vor den Leib getreten. Da ist ferner die Berle Frau Neumann, die gewohntsmäßig die Wohnungen ihrer Dienstherrin lange Zeit deshalb ausräumen konnte, weil das Gericht bei der Beginn ihrer Laufbahn aus Gnade und Erbarmen freigelassen hatte. Die Scheu vor dem ersten Schritt fiel mit der grenzenlosen Verallgemeinerung der Bewährungsfrist, und damit fiel eine der wichtigsten Straftaten gegen das Betreten der Verbrechertaufbahn. Das Anwesen der Straftaten war die natürliche Folge.“

Zu dem Anwesen der Begnadigungen, die man übrigens auch aus dem Gefängnis heraus, wenn es vorher nicht gelang, durch ein Freikommissioner von Gelassen unter unablässiger schändlicher Anpreisung durch die verheerenden Gnadenleichen erzielen kann, kommt die viel zu allgemein zugelassene

Umwandlung von Freiheits- in Geldstrafen. Daraus folgt zunächst eine völlige Unterbewertung, ja Nichtachtung der Feiner Feiertlichkeit und Unabänderlichkeit entlassener Straftäter. Wir müssen, wenn wir bei Staat stabilisieren wollen, zur Vollbewertung des rechtsfähigen, richterlichen Spruches zurückkehren; ein Jahr Justizhaus darf nicht wie es hergekommen ist, 400 oder 200 Mark Geldbusse bedeuten, sondern es muß ein Jahr Justizhaus bleiben. Unmöglich wurde auch die Verallgemeinerung der Begnadigungen und das Entlassen von Gnadengefangenen gefördert durch die Einflußnahme von Parlia-

Neues vom Tage

Sieben Personen verschüttet.

Langens, 19. März. In einer Kiesgrube, die von einem in ärztlichen Verhältnissen lebenden Arbeiter namens Schmitz betrieben wurde, ereignete sich gestern Abend ein Zusammenbruch der Grubenwand. Durch den Einbruch wurde die Hütte an der Kiesgrube, in der sich die 33-jährige Frau mit ihren sechs Kindern aufhielt, verschüttet. Die sieben Personen konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Der Mann war z. Zt. des Unfalls an einer anderen Stelle beschäftigt und kam so mit dem Leben davon.

Angerlempfänger im Juni.

Wie aus Gießen gemeldet wird, soll der Prozess gegen den Mallemörder Angerlein voraussichtlich im Juni dieses Jahres verhandelt werden. Für den Prozess sind mehrere Tage in Aussicht genommen, da etwa 120 Zeugen und Sachverständige gehört werden sollen. Angerlein wird zur Zeit in Marburg auf seinen Gefängnisurlaub unterstellt. Er hat verlangt, daß zu der Hauptverhandlung alle Akte geladen werden, die ihn und seine Frau früher behandelt haben.

Explosionskatastrophe in einem Bergwerk.

Newport, 18. März. Aus Fairmount (Westvirginia) wird gemeldet, daß durch die Explosion in einem Kohlenbergwerk der Bethlehem-Wines-Corporation etwa 50 Bergleute verschüttet worden sind. In einem Umkreis von drei Meilen wurden die Gebäude erschüttert. Eine weitere Meldung besagt, die Explosion fand am Diensttag statt. Es wird angenommen, daß 33 Bergleute verschüttet sind. Die ganze Grube steht in Flammen, wodurch die Rettungsarbeiten sehr behindert sind und die Rettungsmannschaften gefährdet werden. Als Ursache der Katastrophe werden Schlagende Wetter angenommen. Man befürchtet, daß alle Bergleute unter Tag umgelassen sind.

Ein Mord zu wissenschaftlichen Zwecken.

Chicago, 18. März. Ein sensationelles Verbrechen hat durch das Gefährden des Mörders keine Erfüllung gefunden. Dr. C. E. Fairman gelang, mit einem gewissen William Saper ein Komplott zu angeklagt wissenschaftlichen Zwecken eingegangen zu sein, um einen reichen Herrn, Dr. Clinton, durch Einimpfung von Bakterien zu beseitigen. Das Unternehmen glückte. Dr. Clinton starb letzten Herbst an Lungen, nicht ohne dem Mörder Saper ein Vermögen von über 1 Million Dollars hinterlassen zu haben.

Tokio in Flammen.

3000 Häuser niedergebrannt.

Tokio, 18. März. Gestern nachmittag brach im Norden der Stadt ein Brand aus, der größeren Umfang annahm und dem bis 10 Uhr abends 1000 Häuser zum Opfer fielen. Um der Feuersbrunst Einhalt zu tun, wurde Militär eingesetzt, das im Umkreis der brennenden Gebäude Häuser niederbrach und so dem Weitergreifen des Brandes Einhalt zu tun suchte. Aus den brennenden und bebräunten Straßen flüchteten, mit Hausrat aller Art bedeckt, die Einwohner.

Tokio, 19. März.

Nach einer neuen, eben eingetroffenen Meldung beträgt die Zahl der eingedackerten Gebäude bereits 3000. 20 000 Menschen irren obdachlos durch die Straßen. Von der Höhe des Schadens läßt sich noch nichts sagen. Die Feuerwehr ist nun Herrin der Lage und hat der Ausbreitung des verheerenden Elements Einhalt getan.

Der Stiefbrief über den Erdball.

Der Schrecken der kleinen Banken war im Sommer 1922 eine internationale Bande von Laubdieben und Schiedsrichtern, die es besonders auf Amerikaner abgesehen hatten, die damals in großer Zahl nach Deutschland kamen. Fast auf jedem Dampfer und in allen Landungsplätzen waren Mitglieder dieser Bande an der Arbeit. Sie stahlen den Reisenden die Briefstapschen und erbeuteten auf diese Art viele Tausender Schicks und auch Juwelen, die durch Flurdieber zu Gebe geben werden konnten. Die Flurdiener Schicks brachte die Bande bei deutschen Banken einher. Nach langen Nachforschungen gelang es im August 1922, ein Mitglied dieser Bande in Berlin zu ermitteln und zu verhaften. Es wurde zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt. Der Hauptmann der Bande blieb aber noch lange unbekannt.

Endlich konnte die Kriminalpolizei feststellen, daß es ein russischer Kaufmann Gang war, der mit seiner Familie eine Kumm-Kammer-Wohnung (!) in Berlin bezogen hatte. Als die Kriminalpolizei Gang ermittelte hatte und zurecht wollte, stellte sich heraus, daß er aus Berlin verschwunden war. Ein Berliner

Der Sowjeteinfluß in China.

Christenfeindliche Strömungen.

Zu den aufsehenerregenden Meldungen über die Vereinigung der christlichen Bewegung in China mit der chinesischen Nationalbewegung läßt sich uns ein genauer Kenner der Verhältnisse im fernem Osten das folgende:

Seit zwei Jahren macht sich in China eine Bewegung gegen alle Religion und besonders gegen das Christentum in steigendem Maße bemerkbar. Man macht der christlichen Mission zwei Vorwürfe: sie bringe in das chinesische Volkselement etwas Störendes und es hinein, und sie sei nur die Vorform für den europäischen und vor allem den amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Imperialismus. Daß China unter der Nachpolitik und dem rücksichtslosen Vorgehen der Großmächte schwer leidet, ist keine Frage. Es mag auch zugegeben werden, daß in der Vergangenheit die Mission oft mißbraucht wurde, und daß heute nach mehr amerikanischen Missionstreffen sich zu hart in die wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten hineingeworfen lassen. Aber im großen wird die Missionsbewegung von diesem Vorwurf heute nicht getroffen. Und in einer Zeit, in der aus dem Westen alles nach China einströmt, auch alle Schädliche, ist das Fremde, das die Mission bringt: Bildung, soziale Hilfe, sittliche Erneuerung und religiöse Vertiefung ganz gewiß nicht fördernd, sondern wirt aufbauend und wird auch von Volke dankbar aufgenommen. Gleichwohl macht die

Bewegung gegen das Christentum

heute Fortschritte. Unlängst hat die Nationalvereinsung zur Verbreitung von Volksbildung in Hankow, die von 900 Lehrern bestanden war, eine strenge Kontrolle der Missionsschule gefordert. Eine ähnliche Körperchaft hat sich außerdem dafür eingesetzt, daß das Christliche aus den Missions-Schulen fernhalten müsse. In einigen amerikanischen Missionschulen in Nordchina ist es jüngst zu ernstlichen Schülerunruhen gekommen, die sich gegen den christlichen Charakter dieser Anstalten richteten. Dabei trat eben heraus, daß die Unruhen angezettelt waren durch die Agitation der Gesellschaften, die sich die Befämpfung des Christentums in China

zur Aufgabe gesetzt haben. In den Reichsnachrichtendienstern der chinesischen Christengemeinden in Tjingtau wurden sogar von Agenten dieser Gesellschaften christenfeindliche Flugblätter verteilt. Nachdem China und Rußland zu einem politischen Einvernehmen gelangt sind, wird diese Bewegung gegen das Christentum

mit russischem Gede reichlich gefördert.

Wie der Korrespondent der „Chicago Tribune“ aus Rußland berichtet, hat die chinesische Kommunistenpartei in Peking mit russischen Mitteln eine Druckerei gegründet zur Herstellung von Flugblättern und Broschüren gegen die Mission. Die russische Presse, namentlich die „Ismwestnik“, veröffentlicht Briefe aus der kommunistischen Bewegung in China habe sich mit der chinesischen Nationalbewegung vereinigt zu dem Zwecke, alle kapitalistischen Ausbeuter aus dem Lande zu entfernen. Die Chinesen hätten einsehen gelernt, daß die christliche Kirche in China die Bibel in der einen Hand und das Gewehr in der andern Hand trage. Unter den chinesischen Studenten nehme der Haß gegen die fremden Eindringlinge immer mehr zu. Den Chinesen werde von russischen Agenten angetragen, alle Weibchen aus China zu entfernen und in

Rußland Chinas einzig wahren Freund

zu sehen. Die christliche Mission ist den Bolschewiken natürlich ein besonderes Ärgernis, weil ihre lethale Arbeit es den Bolschewiken schwer macht, den Haß gegen alles Fremde zu führen. Denn die Missionare sind auch Fremde, und sie haben viel Liebe im Volk. Daß die fremdenfeindliche Bewegung in ganz China sehr ernst und beorgnissetzerregend ist, bezeugen auch deutsche Stimmen. Englische Blätter meinen sogar, die Stimmung des chinesischen Volkes sei heute ähnlich feindselig, und daher die Lage der Fremden ähnlich düster wie kurz vor dem Ausbruch der Beyerbewegung im Jahre 1900. Das Ansehen aller Fremden in China ist durch den Weltkrieg ganz ungeheuer gesunken. In den politischen Kämpfen in China im letzten Winter haben die Ententestaaten sich völlige Nichtachtung gefallen lassen müssen. Jetzt wird auf diesem so vorbereiteten Boden von Bolschewismus weiter mit Erfolg gegen alle Fremden gehetzt.

Dr. Witte.

Belohn' er Kindersegen.

Daß Kindererziehung strafmildernd wirken kann, zeigte eine Verhandlung, die vor einigen Tagen vor einer Pariser Strafkammer stattfand. Eine Genußfrau hatte die lebenswichtige Angehörige, in Warenhäusern auch Gegenstände, welche sie nicht bezahlt hatte, in den Taschen ihres wertigen Mantels verschwinden zu lassen. Die brave Frau wurde von dem Richter verurteilt, denn in 23 Fällen wurde der kleine Begriff bemerkt und von den bösen Richtern als Diebstahl ausgelegt. So geriet Madame Blanc allmählich in den Ruf einer hartnäckigen Warenhausdiebin; ihre Beklagten wiesen eine wahre Verleumdung vor.

Jetzt steht die gute Frau wieder vor den Richtern; als rückfällige, unverbesserliche Diebin soll sie zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt werden. In diesem düsteren Augenblick kommt ihr der Gedanke, den Richtern ihre Papiere vorzulegen, aus denen hervorgeht, daß sie Mutter von sieben hoffnungsvollen Sproßlingen ist, und wie der Augenschein zeigt, ein achties erwartet. Und nun erblickt ein Strahl der Milderung das Antlitz der Richter. Uebermäßig von dem Patriotismus der braven Frau, die das Vaterland so reich beschenkt hat, wird das Urteil mildert und auf drei Monate Gefängnis herabgesetzt. „Der Kindersegen hat den Eltern Häufchen“.

Von Kaiserin Elisabeths Kaiser.

Aus Kopenhagen in Kopenhagen wird berichtet: Eine Schmutzgesellschaft hatte verabschiedet, in Rußland nichts als Kuh über die Grenze zu schicken. Der Kaiser des Tieres übernahm es selbst, die Sache durchzuführen. Kurz bevor er die Grenze erreichte, fielen unweit von ihm Schiffe, und er sah einige Kühe aufstehen. In der Meinung, daß ihn Gerechtigkeit entsetzt hätte, ließ er die Kuh im Stiche, und ließ davon. Erst später kam die Wahrheit in der Sache durch einen Zufall auf. Der Kaiser war von seinen Kumpanen überlistet worden. Gegen die an der Strafmaßnahme beteiligten Personen wurde Strafmaßnahme erlassen, worauf drei von ihnen verhaftet wurden.

Gewaltiger Rückgang der Auswanderung.

Die Auswanderung aus Deutschland nach Übersee ist im Jahre 1924 gegenüber dem Vorjahr auf fast die Hälfte, von 115 315 auf rund 58 000 deutsche Auswanderer zurückgegangen. Dieser steile Fall der Kurve ist in erster Linie auf das am 1. 7. 1924 in Kraft getretene Einwanderungsquotengesetz der Vereinigten Staaten zurückzuführen, durch das die deutsche Einwanderungsziffer, die nach

amtlicher amerikanischer Statistik im Rechnungsjahr 1923/24 nicht weniger als 95 672 Deutsche betrug, auf jährlich 51 237 beschränkt wurde.

D'Annunzio in Lebensgefahr.

Gabriele d'Annunzio ist mit knapper Not großer Lebensgefahr entgangen. Der Dichter, der mit seinem Motorboot den Gardasee besaß, wurde bei Malcesine von einem heftigen Sturm überfallen. Das Wasser drang in das kleine Schiff ein, das gleichzeitig in Brand geriet, denn das flüssige Schmelzmaterial hatte sich entzündet. Die doppelte Gefahr des Schiffbruchs und des Schiffsbrandes wurde nur mühsam beherrscht, und zu Lode erschöpft lehrte d'Annunzio nach Gardone heim.

Dynamitexplosion am Auto.

„Betti Journal“ meldet aus Luni: Ein Auto, das mit 7 Tonnen Dynamit für die Truppen in Ostia beladen war, erlitt unterwegs eine Panne. Dadurch wurde die Flamme in den Besagter zurückgefahren und es entstand eine furchtbare Explosion. Ein Bomben haben die Besatzung der amerikanischen Offiziersgesellschaft getötet, die getötet werden mußten. Es liegt hier 60 Personen als verlegt gemeldet worden.

Eine Windhose im Lannou. Ein überaus seltenes Naturereignis trug sich am Sonntag in Ehrenbad im Lannou zu. Ein Landwirt besaß sich mit seiner Frau auf der Fahrt nach dem Lande und benutzte dazu einen kleinen von einem Pferd gezogenen Karrenwagen. Während besaß sie sich in einer Windhose, die den Landwirt und seine Frau aus dem Wagen hob und eine Straße weit fortführte und dann plötzlich umkehrte und niederfiel. Die Windhose entzweite dann in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle eine Anzahl Obstbäume. Der Vorgang, der sich in wenigen Sekunden abspielte, wurde von zahlreichen Personen, die in der Nähe weilten, genau beobachtet.

Schreibmaschinen-Verfahren am Meisterschaft von Zeissling. Nachdem im Jahre 1923 zum letzten Male das Schreibmaschinen-Wettbewerb am Meisterschaft von Zeissling ausgetragen wurde, ist als Termin für den erneuten Kampf der 3. Mai 1925 festgelegt worden. Die Veranstaltung findet während der 5. Allgemeinen Bureau-Ausstellung zu Berlin-Charlottenburg in der neu erbauten Ausstellungshalle am Kaiserbaum statt.

Die älteste deutsche Briefmarke. In Preußen erschien am 6. Oktober 1827 eine Briefmarke, wozu jeder der den Briefsammlern in der Regel waren dies Kolonialwarenbriefe — eingetragene Brief in ein Register mit fortlaufenden Nummern eingetragen werden mußte; der Aufgeber erhielt eine mit dem Stempel der Sammelstelle versehenen Marke. Wenn auch keine Preismarke im modernen Sinne, so ist diese Postgattungsmarke zum mindesten für die Forschung ein höchst interessantes Beobachtungsgegenstand der Prantaturgeschichte Kubwies XIV. und der heutigen Briefmarke.

Sein letzter Wunsch. Ein reicher französischer Grundbesitzer, der unlängst starb, hinterließ ein merkwürdiges Testament. Er verfügte, sein einziger Sohn solle das Vermögen von nahezu zwei Millionen Francen erhalten, unter eine Bedingung gestellt. Der Grundbesitzer verlangte nämlich, auf einem Foto sitzend beherbergt zu werden, angetan mit seinem Goldschmuck, biden Geden und Beschlägen. Zwei Millionen Francen sind eine runde Summe, und so hatte der Sohn denn auch keine Bedenken, den Willen des Verstorbenen in die Tat umzusetzen.

Rußlands Reich. Als Napoleon am 29. März des Jahres 1815, also heute vor 110 Jahren, in Paris einzog, wurde er vom Volk mit den brausenden Rufen „Vive l'Empereur“ begrüßt. „Sonderbar“, bemerkte Napoleon zum Polizeiminister Fouché, der neben ihm im Wagen saß, „ich höre zwar die Rufe „Vive l'Empereur“, aber ich sehe keine Kaiserkrone“, was die Beobachtung doch der Fall war, als Ludwig XVIII. hier seinen Einzug hielt.“ Ueber die Jüge des Polizeiminister Fouché von Paris gibt ein kleines Buchlein, „Die Rufe der Rufe“, dem Verlegerem „L'Empereur“ zuzufinden seine Kaiserkrone.“

Was von Wölfen zerissen wird. Nach Angaben der Schmetzregierung wurden in Rußland im letzten Jahr 50 000 Pferde, 50 000 Rinder und 25 000 Stück Kleinvieh von Wölfen zerissen.

Kalmückische Sitte. Die Gebräuche sind bei den Kalmücken um so langwieriger, je mehr sie eine Person ehren wollen. Wenn Fremde von Rang dem Kalmückischen vorgestellt werden, läßt dieser zwischen Frage und Antwort immer fünf Minuten verstreichen, und nach einem Zeremonienmeister wird dem Reisenden bedeutet, daß er es eben so machen solle. Der Zweck dieser uns überaus scheinernden Sitte ist lobenswert: man will dem Sprechenden Zeit zur Sammlung und zum Nachdenken lassen, damit der Inhalt seiner Worte um so tiefer und inhaltsreicher werde und das Gespräch nicht in leeres Gepläusch ausarte. Die alte Regel: „Richt denken, dann reden!“ wird also besser bei unvorbereiteten Rednern als in den verschiedenen Metropolen und Metropoliten der Intelligenz befolgt.

Gebr. Zorn, Weinhandlung, Halle (Saale), Große Steinstraße 9, Gegr. 1888 Fernruf 6367 empfehlen als besonders preiswert: **Royal Kebr,** südfrenz. Rotwein zu Mk. 1.50 **Preisliste zu Diensten** die Flasche ohne Glas und ohne Steuer.

Deutsche Männer, deutsche Frauen!

Am 29. März wählt das deutsche Volk seinen Präsidenten.

Der höchste Posten im deutschen Reiche stand bisher unter dem Einfluß der Sozialdemokratie. Sie ist die Partei, die stets die Interessen einer einzelnen Schicht über das Wohl des Vaterlandes gestellt hat. Wenn ein Sozialdemokrat aber ein Mann des Linksblocks dieses hohe Amt auch in Zukunft bekleidet, wird der Posten des Reichspräsidenten wiederum für sieben lange Jahre diesen Sondereinflüssen unterworfen werden.

Der Reichspräsident hat dem Wohle des ganzen deutschen Volkes, des gesamten deutschen Vaterlandes zu wahren. Nur ein Mann, der über den Parteien steht, ist würdig, deutscher Reichspräsident zu werden.

Alle Parteien und alle Verbände, die über jede politische Meinungsverschiedenheit das Allgemeinwohl stellen, haben sich auf einen Kandidaten geeinigt. Er bietet die sichere Gewähr, das höchste Amt im Reiche im uneigennütigen, vaterländischen Sinne zu verwalten.

Das ist der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres.

Menschliche und politische Eigenschaften, ein glühendes, vaterländisch pulsendes Herz, ein arbeitsreiches Leben und eine reiche Erfahrung sind die sichersten Bürgschaften, daß Dr. Jarres der richtige Mann ist. Sein Lebensweg, erfüllt von echtem Christentum, nationalen und sozialen Idealen, ist jedem echt deutsch Fühlenden ein leuchtendes Vorbild.

Unser großer Feldherr Hindenburg tritt vorbehaltlos für Jarres ein.

Die selbstlose Zurückstellung aller Sonderwünsche der sich zur nationalen Kandidatur Jarres bekennenden Parteien und Verbände sind für jeden deutschen Mann, für jede deutsche Frau vorbildlich. Jetzt schweigt jeder Streit. Jeder folgt Hindenburgs Einigkeitsparole. Wahlsaulheit darf den Erfolg dieser seit Jahren vermischten Einigkeit nicht verhindern. Wir wollen am 29. März siegen! Uneinigkeit und Zersplitterung sind Verbrechen. Eine heilige Vaterlandspflicht gebietet:

Werbt für die Kandidatur Jarres.

Aus der Winternacht der Unfreiheit und des Habers zum Frühling der Freiheit und des Wiederaufstieges! Der Weg hierzu geht über den 29. März. Wegweiser ist der Name

Jarres.

Wir machen uns die Parole des Reichsblocks zu eigen und rufen:

**Die Einheit der Deutschen,
Die Reinheit des öffentlichen Lebens,
Das Staatswohl über den Parteigeist!
Ein Weg — ein Wille!**

Alldeutscher Verband (Prof. Legius).
Bund Waigin Eulse (Marie Ney).
Christliche Gewerkschaften (Zwanziger).
Deutsch. Offiziers-Bund (Freg.-Kpt. Bollmer).
Deutschnat. Volkspartei, Landesverb. Halle-Merseburg (Reg.-Rat. Bartels).
Deutsche Vereinigung (Barts).
Deutsches Völkische Freiheitsbewegung (Dr. Helmecke).
Deutsche Volkspartei, Landesverband Halle-Merseburg (Dr. Carlsson).
Deutschnat. Turnverein Jahn (Hellmut Franke).
Deutscher Jahrmesserverband (Stadtgeschm. Gabel).
Gesamtverband deutscher Beamtenvereine (Wienand).
Halle'sche Ruder- und Sportvereine (Zander).
Haus- u. Grundbesitzer-Bezirksverein (Dir. Klumentritt).
Hochschulring Deutscher Art (Brode).
Jungmännerverschub (Malerobermeister Bieseler).
Kriegseregerverband (Fritz Hoffmann).
Landbund Prov. Sachsen (Dr. Burckhardt).
Nationalverband deutscher Offizier. (Oberstint. Geiseler).

Blattdeutsche Gilt (Dr. Seuf).
Politische Kolleg (Nikolaus Schäfer).
Reichsbund d. Zivildienstberechtigten (Oberverw.-Sekretär Mollnau).
Reichsbund ehem. Kadetten (Kapitän. Marcard).
Reichsoffiziersbund (Oberst. a. D. Blauenburg).
Scharnhorst, B. deutsch. Jungmänner, Gar Halle (Kapitän. a. D. Wagner).
Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Landesverb. Halle-Merseburg (Oberstl. a. D. Duesterberg).
Vaterländ. Arbeiterverein (Hoffmann).
Verband der Schützengel. f. Halle und Umgeb. (Dir. Rosenthal).
Verein für das Deutschtum im Auslande (Gen.-Rat. Borchsch).
Vereinigung mitteldeutscher Holzschuhfabriken (Obstlt. a. D. v. Ludwiger).
Waldbesitzer-Verband (Graf von Asseburg-Falkenstein).
Wehrwolf, Bund deutscher Männer und Frontkrieger (Studienrat Kloppe).
Wirtschaftsbund Halle-Merseburg (Generaldirektor Hoffmann).
Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes (Hotelbesitzer Kofel).
Zentralverband der Landarbeiter (Berlach).
Wilh. Meerkel, Geschäftsf. des Deutsch. Handlungsgehilfen-Verbandes.